

halten, selbst wenn die Vertreter der Landvolksliste, wie nach den letzten Reichstagswahlen, in den Schoß der Mutterpartei zurückkehren werden. Betrachtet man indes die Entwicklung der deutschen nationalen Wahlsysteme seit dem Jahre 1924, dann zeigt sich ein vollkommener Zusammenbruch. Neben den Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei haben die Volksparteiler Erfolge zu verbuchen. Sie haben in allen drei Kreisen die Ziffern der Reichstagswahlen vom Jahre 1928 überschritten. Dagegen haben die Demokraten wesentliche Verluste zu buchen gehabt. In Leipzig allein haben sie, trotz der Neuen Leipziger, annähernd ein Drittel der Stimmen vom Mai 1928 eingebüßt. Aus alledem ergibt sich im Lager des Bürgertums ein starker Ruck nach rechts, was bei den Verhandlungen um die Bildung der kommenden Regierung nicht ohne Bedeutung sein wird.

Die Verteilung der Mandate und das Ergebnis der Gesamtziffern bezogen den unzweifelhaften Erfolg der Sozialdemokratie. Sie gewinnt zwei Mandate, während die Kommunisten, die ausgezogen waren, die Sozialdemokratische Partei zu vernichten, diese beiden Mandate verloren haben. Demzufolge ändert sich nichts an der Vertretung des Proletariats im sächsischen Landesparlament. Es verfügt, wie im alten Landtag, über 45 Mandate. Das Bürgertum erlangt aus eigener Kraft 40 Sitze, so daß also die Volkspartei zur Bildung eines neuen Bürgerblocks nicht mehr gebraucht werden würden, sofern die Nationalsozialisten regierungsfähig wären. Schiedbar aber die fünf Nationalsozialisten bei den Regierungskombinationen aus, dann genügen auch die zwei Volksparteiler nicht mehr, um eine Mehrheit für die Bildung eines Bürgerblocks zu erlangen. Schon daraus ist zu ersehen, daß die Regierungsbildung einige Schwierigkeiten machen wird.

Wenn neben den Sozialisten auch die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten Mandate gewonnen haben, dann ist das in der Hauptsache auf die stärkere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Sie betrug im Jahre 1928 rund 70 Prozent. Sie ist bei den gestrigen Wahlen auf 80 Prozent angewachsen. Demzufolge mußte jede Partei etwa im Durchschnitt 10 Prozent der Stimmen vom Jahre 1928 gewonnen haben. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenziffern um 162 000 vermehrt, so daß ein Wachstum von etwa 20 Prozent zu verzeichnen ist. Die Kommunisten dagegen haben nur um 8000 Stimmen zugenommen. Der unbestrittene Sieger im Lager der Arbeiterklasse ist demzufolge die Sozialdemokratische Partei.

Das ist das hervorragendste Merkmal der Wahlen vom 12. Mai. Sie zeigen, daß es auf der ganzen Linie nach vorwärts geht und daß die Sozialdemokratische Partei weiter schreitet, trotz des wilden Geschimpfes von rechts und links, trotz der Verleumdungen und Lügen der Kommunisten und des gesamten Bürgertums. Die Kommunisten sind im Abstieg begriffen, trotz ihrer neuen Taktik, trotz der Arbeiterleichen, die sie für ihre Agitation benötigten. Damit ergibt sich, daß auch mit den „revolutionären“ Anorganikern nichts zu machen ist. Die sächsische Arbeiterklasse folgt der Sozialdemokratischen Partei, trotz alledem und alledem.

Die Gewerkschaften zu den Maikrawallen

Die Plenarversammlung der Delegierten der Berliner Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften besaßen am Freitag mit den Berliner Maikrawallen. Die Versammlung erzie zunächst das Andenken der bei den Unruhen gefallenen Opfer. Dann referierte Genosse Fredow über das Thema: Wer trägt die Schuld an den Vorkommnissen des 1. Mai? In der anschließenden Debatte verurteilte der Kommunist Joller die Aktion der KPD zu rechtfertigen; er verlangte die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages. Nach Schluß der Aussprache wurde die folgende Entschließung gegen 10 Stimmen angenommen: Die am 10. Mai 1929 im Gewerkschaftshaus tagende gemeinsame Plenarversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschusses Berlin, und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Bezirksausschusses Berlin, spricht der organisierten Arbeiterschenschaft ihre aufrichtige Anerkennung, die sie am 1. Mai bezeugt hat, ihren Dank aus.

Der glänzende Verlauf der gewerkschaftlichen Maiveranstaltungen und der gänzliche Mißerfolg der angekündigten kommunistischen Demonstrationen hat gewissen verantwortungslosen Stellen nicht gefallen. Ihre Hoffnungen hatten sich nicht erfüllt. Am Abend des 1. Mai sowie an einigen darauffolgenden Tagen wurden daher an einigen Stellen Berlins Zusammenkünfte mit der Polizei provoziert, die einen blutigen Ausgang nahmen und eine Anzahl Tote und Verwundete als Opfer forderten. Dafür ist die kommunistische Partei Deutschlands verantwortlich zu machen, die durch ihre wochenlange Hege in der „Roten Fahne“ den Boden dafür vorbereitete. Die Plenarversammlung behauert außerordentlich, daß der 1. Mai nicht ohne Blutvergießen verlaufen ist und beklagt die unschuldigen Opfer.

Ein Aufgeher, der nicht gehört wird

Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes berichtet

SPD Der Wirtschaftsrat des Völkerbundes schloß am Sonntagabend seine zweite Tagung mit der Annahme des Berichts an den Völkerratsrat.

In dem Bericht bemüht sich der Wirtschaftsrat, den Pessimismus des Vorberichtes des Völkerratsrats zu verwischen. Da er aber fast ausnahmslos die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 wiederholt und von den Regierungen eine bessere Befolgung dieser Empfehlungen fordert, zeigt er, daß die Initiative des Völkerbundes bisher nicht viel Erfolg gehabt hat. Beachtenswert ist eine Stelle des Berichts, in der gesagt wird, daß die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Zentraleuropas einer sicheren Basis entschoren, so lange der deutsch-polnische Handelsvertrag nicht zustandekommt. U. a. wird eine Kommission landwirtschaftlicher Fachleute zur Untersuchung der Landwirtschaftskrisis gefordert. In England und die Vereinigten Staaten wird die dringende Mahnung gerichtet, nicht durch Zollserhöhungen eine neue Schutzschleuse einzuleiten. In der Kartell-, Kohlen- und Zuckerfrage wird in dem Bericht stärkste Zurückhaltung geübt. Ueberhaupt wird die bloße ratgebende Rolle des Völkerbundes in Wirtschaftsfragen in den Vordergrund gehoben.

In seinem Schlusswort betonte der Präsident: „Wir müssen Anreger, Ratgeber und Vorbild sein. Wir können aber nicht verhindern, daß unsere Rezepte oft mit Unwillen gehört und nur teilweise oder zu spät befolgt werden.“

Konferenz der Innenminister

SPD Eine Konferenz der Innenminister der Länder findet am Freitagvormittag in Berlin im Reichsministerium des Innern statt. Der Reichsminister des Innern wird Gelegenheit nehmen, die Ländervertreter über die juristische Grundlage des Rotfront-Verbots zu informieren.

Jorns' Untersuchungsmethode

Die Behandlung der Liebknecht-Mörder

II *

1. Die erste richterliche Maßnahme von Jorns in der Sache Liebknecht war die Haftentlassung des Kapitäns Horst von Pflug-Hartung, des Führers des Liebknecht-Transportes, den kurz im Anschluß an seine Vernehmung festgenommen hatte.

2. Pflug-Hartung hatte behauptet, daß das Auto, in dem er Liebknecht transportierte, unterwegs eine Panne erlitten habe. Diese Panne habe ihn genötigt, im Tiergarten mit dem Häufigen auszusteigen, den dann angeblich einen Fluchtversuch machte. Jorns unterließ es, die Erzählung von der Panne durch sofortige Sicherstellung und sachmännliche Unternehmung der fraglichen Wagens nachzuprüfen. Erst am 21. Januar, also sechs Tage nach der Tat, wurde der Wagen einem Offizier als Kraftfahrzeuge übergeben, der ein vollkommen haltloses und unbegründetes Gutachten abgab.

Sogar, als die schon an sich viel zu spät erfolgte Vernehmung des Hotelpersonals, der Hotelgäste, des Sergeanten Wlter und des Posten Dräger völlig einwandfrei ergeben hatte, daß sämtliche Offiziere des Liebknecht-Transportes in wichtigen Punkten falsche Angaben gemacht hatten, lehnte Jorns es ab, die von Tag zu Tag schwerer Verdächtigten in Haft zu nehmen.

4. Der wichtigen Frage über den zeitlichen Zusammenhang zwischen der Rückkehr des Liebknecht-Transportes und dem Abgang des Luxemburg-Transportes ging Jorns überhaupt nicht nach. Hierdurch blieb ungeklärt, daß Rosa Luxemburg erst fortgeschickt wurde, als der Tod Liebknechts bereits im Ehen-Hotel bekannt war, wodurch ein wichtiges Indiz für die Planmäßigkeit beider Morbtaten beseitigt wurde.

5. Zwischen dem 20. und 22. Januar hatte Jorns eine Unterredung mit dem Reichsjustizminister Landsberg, der ihn in größter Erregung auf die zahlreichen Verdachtsmomente hinwies, die bis zu diesem Zeitpunkt schon in den eigenen Akten von Jorns festgelegt waren. Jorns ließ sich durch die Argumente von Landsberg am Ende dieser Besprechung zu dem Eingeständnis veranlassen, daß er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin die Offiziere des Liebknecht-Transportes in Haft setzen werde. In Wirklichkeit erließ er jedoch erst am 28. Februar die Haftbefehle.

6. Noch kurz vor Erlass des Haftbefehls duldete es Jorns ohne Widerspruch, daß einer der Hauptverdächtigten, Hauptmann von Pflug-Hartung, als Adjutant des Hauptmanns Pabst die Schriftstücke bearbeitete, die Jorns im Ermittlungsverfahren gegen die Mörder Liebknechts dem Stabe der Gardebataillon-Kavalleriedivision zugehen ließ.

Verweisung des Verdachts gegen Hauptmann Pabst

1. Sowohl Karl Liebknecht wie Rosa Luxemburg waren nach ihrer Einlieferung in das Ehen-Hotel dem Chef des Stabes der Gardebataillon-Kavalleriedivision, Hauptmann Pabst, vorgeführt worden. Pabst hatte sowohl für Liebknecht wie für Rosa Luxemburg die Führer des Transportes ausgemacht. Im Fall Liebknecht hatte er die verdächtige Anweisung gegeben, daß sein eigener Adjutant, Hauptmann Heinz von Pflug-Hartung, als Chauffeur den Wagen begleiten solle, auf dem unter Führung des Kapitäns Horst von Pflug-Hartung Liebknecht in das Zellengefängnis Moabit transportiert werden sollte. Er wählte den Bruder seines Adjutanten zum Führer des Transportes und ließ von diesem die übrige Begleitmannschaft zusammenstellen, obwohl der Kapitänsadjutant in einer Marine-Esabaton tätig war, die mit der Gardebataillon-Kavalleriedivision nichts zu tun hatte, und obwohl im Ehen-Hotel selber genügend Begleitmannschaften zur Verfügung standen.

Dem Motiv dieser merkwürdigen Verfügung ist Jorns nicht nachgegangen.

2. Als Liebknecht gefoltert war, wurde ihm durch den Hauptmann Pflug-Hartung und dem Kapitänsadjutant Pflug-Hartung Bericht erstattet. Am diese Zeit befand sich Rosa Luxemburg noch im Ehen-Hotel. Trotzdem ließ Pabst auch den zweiten Transport abgehen, — und zwar mit dem gleichen Erfolg wie den ersten Transport. Jorns unterließ es, dieser bedeutsamen Frage nachzugehen und die genaue Zeitpunkte festzustellen, obwohl er sich als erfahrener Kriegsgerichtsrat darüber klar sein mußte, daß in einer Morduntersuchung die Feststellung der Zeit, sogar nach Minuten, von äußerster Wichtigkeit ist.

3. Durch die Aussage des Stadtrats Grühner erfuhr Jorns aus dem Munde eines völlig unbeteiligten und zuverlässigen Zeugen, daß Pabst angeordnet hatte, die Mannschaften im Ehen-Hotel, die vom Hörsaal von der Ermordung Rosa Luxemburgs wußten, zu einer solchen Aussage zu beeinflussen. Den dadurch entstandenen Verdacht, der ihn, seiner eignen Angabe nach zum Gedanken einer Verhaftung des Hauptmanns Pabst brachte, ließ

* Gleiche Artikel in Nummer 103 der Leipziger Volkszeitung vom 4. Mai. (Aus „Das Tagebuch“.)

Jorns sofort fallen, als ein selber verdächtiger Dritter, der Leutnant Sander, bestritt, bei der von ihm im förmlich bestätigten Anwesenheit an Grühner, Zeugen zu beeinflussen, den Namen Pabst genannt zu haben. Die Tatsache, daß Grühner einen weiteren Zeugen namhaft machte, dem er noch am gleichen Tage von dem Pabstischen Ersuchen berichtet hatte, ließ Jorns unberührt.

4. Bei der Vernehmung des Hauptmanns Pabst, die trotz ihrer großen Bedeutung erst am 26. Januar, also 11 Tage nach dem Mord, vorgenommen wurde, hatte Jorns die Beiführer ausgeschaltet, die dadurch verhindert waren, an Pabst unangenehme Fragen zu stellen. Ebenso wurde die Vernehmung des Stadtrats Grühner, die Pabst verdächtigte, ohne Beiführer durchgeführt.

5. Obwohl Jorns mindestens wissen mußte, daß Pabst sich mit den verhafteten Mördern von Liebknecht und Frau Luxemburg zum Teil solidarisch fühlte,

gab er ihm nach der Vernehmung Bogels die Erlaubnis, ihn im Untersuchungsgefängnis aufzusuchen, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem Jorns bereits amtlich erfahren hatte, daß Vorbereitungen zu einer Flucht Bogels getroffen seien.

Behandlung der Untersuchungshäftlinge

Schon wenige Tage, nachdem Jorns die erste Verhaftung vorgenommen hatte, mußte er erkennen, daß ganz besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich seien, um den Haftzweck zu sichern.

1. Am 20. Februar stellte Jorns fest, daß Oberleutnant Wogel tagsüber in seiner Zelle mit Fremden zusammenkam und Besucher empfangen konnte, die von der Wache nicht einmal zum Vorzeigen eines Ausweises veranlaßt wurden.

2. Am 1. März, einen Tag nach seiner Inhaftierung, stellte Leutnant Piepmann den Antrag auf jährliche Behandlung. Dieser Antrag war das erste Schriftstück in der ganzen Morbsache, das von Jorns mit dem Vermerk „Eilt“ versehen wurde.

3. Am 8. März stellte Jorns fest, daß ihm die Korrespondenz der Häftlinge nicht vorgelegt wurde. Erst am 2. April meldete Jorns dem Gerichtsherrn, daß ihm noch immer die Korrespondenz der Häftlinge nicht gezeigt werde. Er hatte demnach, nachdem seine erste Verfügung unbeachtet geblieben war, sich fast einen vollen Monat ohne Einspruch gefallen lassen, daß die Häftlinge in unkontrollierter brieflicher Verbindung mit der Außenwelt blieben.

4. Am 14. März erfuhr Jorns durch die Ehefrau des Häftlings Pabst, daß ihr Mann im Untersuchungsgefängnis wiederholt die Besuche einer fremden Dame empfangen habe und daß sie selber ohne gültigen Erlaubnisbescheinigung zu ihrem Mann in die Zelle gelassen werde. Jorns begnügte sich wiederum, acht Tage später, in einem Brief den Kommandanten des Zellengefängnisses zu „bitten“, den diesbezüglichen Angaben nachzugehen und darüber Bericht zu geben.

5. Am 25. März begegnete Jorns in den Abendstunden dem Untersuchungshäftling Piepmann auf dem Wittenbergplatz, als dieser sich

auf dem Wege in die Kollibri-Bar

befand. Jorns unterließ es, diese Begegnung in den Akten zu vermerken und für eine Bestrafung Piepmanns zu sorgen. Erst am 2. April teilte er dem Gerichtsherrn, unter Verschweigen des Wichtigsten, den Tatbestand mit. Die einzige Folge der Begegnung zwischen Piepmann und Jorns war die Anweisung, daß der Häftling nur noch in Begleitung eines Offiziers ausgehen dürfe.

6. Erst am 27. März zog Jorns für Wogel und Kapitänsadjutant von Pflug-Hartung die bisher allgemein erteilte Sprecherlaubnis zurück. Bis dahin hatten demnach gerade die an der Verbunkelung des Tatbestandes am meisten interessierten und mit der härtesten Strafe bedrohten Häftlinge

mit Wissen von Jorns die völlig unbeschränkte Möglichkeit, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten.

7. Jorns wußte, daß die Häftlinge die Möglichkeit hatten, sich untereinander über ihre Auslagen in der bevorstehenden Hauptverhandlung zu verständigen. Alle Zeugnisaufnahmen fanden unter der Aufsicht der Häftlinge statt, die sich gegenseitig unterstützten. Trotzdem verlegte Jorns auch den Jäger Ruge nach seiner Verhaftung in das Moabit Zellengefängnis und veranlaßte gleichzeitig, daß sämtliche Angeklagte, die teilweise vorher abgefordert waren, wieder in Moabit vereinigt wurden. Daraufhin wurde im Gefängnis

mit Ruge eine regelrechte Generalprobe durchgeführt, bei der die einzelnen Offiziere die Rollen der Richter und des Anklägers spielten.

8. Jorns wußte, wie aus seinen eignen Vermerken und „Beschwerden“ hervorgeht, daß die Häftlinge die Möglichkeit hatten, sich falsche Pässe für den Fall ihrer Verurteilung zu beschaffen. Am 14. Mai wußte er auch von der Mitteilung des Abgeordneten Oskar Cohn, daß Wogel einen falschen Auslandspaß auf den Namen Kurt Wessen und Piepmann einen Paß auf den Namen Lehmann besaß. Trotzdem unterließ er es, nach der Verurteilung Bogels die Bewahrung nachzuprüfen, sondern übertrug diese Aufgabe dem Hauptmann Pabst.

Es ermöglichte dadurch Bogels Flucht.

Adolf Braun gestorben

SPD Berlin, 13. Mai.

Der frühere sozialdemokratische Abg. Adolf Braun, das langjährige Mitglied des Parteivorstandes, ist nach langer Krankheit in der Nacht zum Sonntag um 1 Uhr verstorben.

Die französischen Kommunalwahlen

SPD Paris, 13. Mai.

Die französischen Kommunalratswahlen, deren zweiter Wahlgang am Sonntag stattfand, haben keine wesentlichen Veränderungen im Bestand der Parteien gebracht. In Paris hat sich zwar die reaktionäre Mehrheit um 3 Sitze vergrößert, dafür aber konnten die Linksparteien ihre im Jahre 1925 neu eroberten Positionen überall behaupten, sogar weiter ausbauen. Die Sozialisten behielten die Mehrheit des Stadtrates in Bordeaux, Marseille, Toulouse, Nîmes, Lille, Roubaix und Armentières. Zusammen mit den Radikalen konnten sie Sitze in Rouen und Abbeville gewinnen und sich in Reims, Tours, St. Quentin, Amiens, Dinikirchen, Clermont-Ferrand, Calais usw. behaupten. In Lyon sind zum ersten Male sieben Anhänger der Rechten in den Stadtrat eingezogen. Die Sozialisten verlieren dort fünf von ihren 32 Sitzen.

Krieg in China

SPD London, 10. Mai.

Aus Kanton wird gemeldet, daß sich die dort stationierte Kanonenbootflotte, die sich bisher der Zentralregierung von Kanton gegenüber loyal verhalten hatte, für die Kwangsi-Truppe entschieden hat. Die Regierung von Kanton hat diesen Schritt mit der Entsendung von Bombenflugzeugen beantwortet. Das beabsichtigte Bombardement der von den Kwangsiern übergebenen Kriegsschiffe konnte allerdings nicht erfolgen, da die Kanonenboote gegenüber Schamien, dem ausländischen Quartier Kantons, zwischen den dort vor Anker liegenden ausländischen Kriegsschiffen vor Anker gegangen sind.